

# Die Bergbau-Industrie

## Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Treis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plagvorschriften ausgeschlossen. ♦ Postkassen-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bodum, Bittoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bodum.

### Legt den Zechenstürmern das Handwerk!

Am Beispiel sollt ihr sie erkennen.

Im Ruhrbergbau sind wieder privatkapitalistische Zechenstürmer am Werk. So wie die Sache liegt, kann man von einem direkten Stilllegungsstandal reden, der sich da vollzieht. Es handelt sich um den Erwerb der Zeche Sachsen bei Hamm durch die Gewerkschaft Rheinpreußen bei Moers zum Zwecke der Stilllegung.

Wir haben in früheren Artikeln zu dieser Sache schon Stellung genommen. Daraus war zu ersehen daß die Zeche Sachsen eine der modernsten Zechen ist, die dazu durchaus als rentabel angesehen werden muß. Das gleiche gilt für die Rheinpreußen-Schächte bei Moers. Warum — um aller Welt willen — so fragt sich der Normalbürger, der hinter solchen Stilllegungen all das Arbeitslosenelend und die wirtschaftliche Verklümmung ganzer Kommunen und Wirtschaftsgebiete sieht, warum denn dann Stilllegung?

Die Antwort ist furchtbar einfach: die Aussicht auf höheren Gewinn und Profit heßt die Zechengewaltigen zu solchen Maßnahmen. Um das zu verstehen, muß man folgendes wissen:

Die Zechenbesitzer bzw. Bergwertgesellschaften der einzelnen Kohlenreviere sind zusammengesetzt in Kohlsyndikaten. Jedes Syndikat weist nun seinen Mitgliedern zu, wieviel Kohlen sie zum Verkauf fördern dürfen. Es erhält also jedes Mitglied eine bestimmte Förderquote (Anteil). Die Quoten werden festgelegt entsprechend der Leistungsfähigkeit der im Besitz der Syndikatsmitglieder sich befindenden Schachtanlagen. Die Besitzer verschiedener Schachtanlagen haben nun das Recht, wenn sie eine Schachtanlage stilllegen, die Quote dieser stillgelegten Anlage auf ihre übrigen Schächte zu übernehmen. In dieser Tatsache liegt die Erklärung für die ganze Zechenstürmerei. Warum?

Wenn ein Syndikatsmitglied eine Million Tonnen Kohlen als Quote besitzt, kann es die eine Million Tonnen nach Belieben auf fünf Schachtanlagen oder zehn Schachtanlagen fördern. Daß die Generalunkosten — Unterhaltung von Gebäuden, Maschinen, Schächten, Strecken usw. — bedeutend größer sind, wenn die Million Tonnen auf zehn Anlagen gewonnen und gefördert werden, statt auf fünf, ist klar. Wenn es deshalb dieser Gesellschaft möglich ist, diese Million Tonnen auf fünf Anlagen zu fördern, wird sie keinen Augenblick zögern, das zu tun und die andern fünf stilllegen. Die damit ausfallenden Generalunkosten sind reiner Mehrgewinn und Mehrprofit.

Was hier als allgemeine Möglichkeit aufgezeigt ist, läßt sich an dem Einzelfall Rheinpreußen—Sachsen aus der Praxis nachweisen. Auch hier nur nach:

#### Quoten- und Profitstücker.

Die Gewerkschaft Rheinpreußen bei Moers verfügt über eine Quote von 4 095 100 To., die Gewerkschaft Sachsen über eine solche von 1 160 000 To. Nun besitzt die Gewerkschaft Rheinpreußen bei Moers Schachtanlagen, die wohl als das zur Zeit Vollkommenste an technischer Einrichtung für profitable Kohलगewinnung und -förderung darstellen. Und diese Gewerkschaft wäre natürlich in der Lage, mit diesen ihren Schächten ein viel größeres Quantum Kohlen zu fördern, als sie auf Grund ihrer Quote darf, ohne also ihre Generalunkosten dabei erhöhen zu müssen. Was ist natürlicher, als daß sie sehnüchtig Ausschau hält, ob ihr nicht eine Gelegenheit winkt, ihre Quote zu erhöhen. Einen neuen Quotenanteil zu erringen ist aber nur möglich, wenn es ihr gelingt, eine sich im Betrieb befindliche Zeche zu eringen, da ja die Quoten mit den Zechen, beziehungsweise deren Besitzern, verbunden sind. Und da kam ihr das Sachsen-geschäft wie gerufen.

Vorweg genommen sei, daß es ein großer und dreister Schwindel ist, wenn die Gewerkschaft Rheinpreußen jetzt die Welt glauben machen will, daß ihr Schicksal, d. h. das Schicksal ihrer eigenen Schachtanlagen bei Moers, auf Gedeih und Verderb verbunden sei mit dem Ausgange des Streites um die Stilllegung von Zeche Sachsen. Ebenso, daß, wenn ihr das Sachsen-geschäft zerfallen würde und Sachsen weiter im Betrieb bliebe, sie eben Rheinpreußen-Schächte stilllegen müßte. Auf all das hat sich Rheinpreußen erst besonnen, als ihr der Zufall das Sachsen-geschäft, nämlich die Möglichkeit des Erwerbs dieser Zeche, eröffnete.

Bedäglich die Tatsache, daß der bisherige Besitzer von Sachsen, aus privat-finanziellen Gründen, sich zum Verkauf dieser Zeche entschloß, hat überhaupt erst das Interesse von Rheinpreußen — eben in der Spekulation auf Erwerb von Quotenzuwachs — mit dieser Zeche verbunden. Rheinpreußen, fern am Rhein gelegen, hat eben hier nur die von der anderen Seite des Ruhrbezirks winkende Quote, nicht aber die im Falle der Stilllegung drohenden Arbeiter und die vom wirtschaftlichen Verfall bedrohten Kommunen gesehen, weil sie das ganze Geschäft eben durch die schwarze Brille des Profits gewertet hat, die wohl einem feinen Gehör für klingendes Gold den Weg frei läßt, aber den Blick verdimmt für die Noöe des Alltags und feiner Menschen. Aus dieser Situation heraus erheben wir deshalb die Frage an alle für die letzte Entscheidung zuständigen Stellen: Wie wird euer Urteil lauten?

Die waren nie Gegner einer Modernisierung und Rationalisierung an sich. Aber sie haben gleichzeitig verlangt, daß der Ertrag dieses Prozesses nicht sinnlos in immer neue, raffinierter und besser technisierte Betriebe und Anlagen gesteckt werden soll nur zu dem Zwecke, immer mehr Arbeiter und Lohn zu sparen trotz riesig wachsender Produktivität und Leistungsfähigkeit, wodurch Abjahstodung und Krise unvermeidlich wurden, sondern sie forderten, daß der Ertrag der Rationalisierung in Kaufkraft, also Lohnerhöhung, umgewandelt werden müßte.

Vielleicht sieht heute auch auf der Arbeitgeberseite mancher ein, daß es tatsächlich richtiger gewesen wäre, die Kapitale, die in sinnloser Errichtung von immer neuen Produktionsstätten verschwendet wurden, um bald wieder der Vernichtung überantwortet zu werden, in Arbeitslohn und Kaufkraft umzuwandeln. Wahrscheinlich hätte für uns in Deutschland dann die Krise nicht die Formen angenommen, in der wir sie heute erleben. Allgemein aber fühlen sich die Unternehmer immer noch im Recht. Sie sind eben Sklave ihres bösen Kapitals, dem sie den Tribut, die notwendigen Prozente, zu besorgen haben. Das ist der Druck, dem sie Folge geben und dem sie alles unterordnen müssen. Solange man sie in ihrer Rolle beläßt, werden sie entsprechend handeln. Profitinteresse geht ihnen vor Volksinteresse. Die Wirtschaft besteht nach ihrer Auffassung nicht für das Volk, sondern für den Profit; und damit sehen sie im Volke nur das Mittel, das im Dienst des Profits von ihnen auszuwerten ist. Die sozialen Folgen ihres Handelns interessiert sie nicht, sondern nur der profitable Erfolg. Das muß jetzt ein Ende nehmen. Wir verlangen, daß ihnen das Handwerk gelegt wird. Der Bergbau gehört in die Hand des Staates!

### Vorstoß unserer Verbandsvertreter im Reichstag und im Wirtschaftsministerium.

Der Haniel-Konzern, der im Ruhrgebiet über eine Reihe hochmoderner Schachtanlagen verfügt, hat bei der Stilllegungsbehörde die Erlaubnis zur Stilllegung von drei Schachtanlagen beantragt. Welche Ziele man mit dieser Aktion verfolgt, geht aus den Presse- und Nachrichten klar hervor. Man droht, falls die Stilllegung der Zeche Sachsen auf Schwierigkeiten stoßen sollte, Reumühl- oder Rheinpreußen IV stillzulegen. In den beiden letzten Fällen handelt es sich, genau wie bei der Zeche Sachsen, um moderne Betriebe, deren Stilllegung nicht nur zu einer Steigerung der bergmännischen Arbeitslosigkeit führen müßte, sondern auch von volkswirtschaftlichen, bevölkerungs- und kommunalpolitischen Gesichtspunkten aus nicht zu rechtfertigen ist. Das Vorgehen der Konzernverwaltung hat deshalb aus begründlichen Gründen innerhalb der Ruhrbevölkerung, insbesondere aber innerhalb der Bergarbeiter-schaft eine große Erregung ausgelöst.

Der Vorsitzende unseres Verbandes,

#### Kamerad Fritz Hulemann,

hat daher sofort nach Bekanntwerden der Vorgänge veranlaßt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Reichstag folgende Interpellation eingebracht hat:

„Ein Besitzwechsel im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau zwischen den Firmen Mansfeld-WG, Otto Wolff und Haniel bedroht die Existenz von fünftausend Bergarbeitern, die auf den Zechen Sachsen, Rheinpreußen und Reumühl beschäftigt sind. Dieser Besitzwechsel beruht lediglich auf kartellpolitischen Gründen. Durch Quotenübertragungen soll die in den letzten Jahren verhängnisvoll übersteigerte Produktionskapazität privatwirtschaftlich nutzbringend gemacht werden. Diesen volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden Erwägungen werden nicht nur einige tausend Bergarbeitereinstellungen, sondern auch die wirtschaftliche Grundlage mehrerer Gemeinden in Westfalen und im Rheinland zum Opfer gebracht. Nicht nur in den davon betroffenen Gegenden, sondern im ganzen westlichen Industriegebiet haben diese dem Gemeinwohl so offensichtlich zuwiderlaufenden Absichten einiger Großkonzerne in allen Schichten der Bevölkerung, namentlich aber bei den Arbeitern und Gewerbetreibenden, eine durchaus verständliche Empörung ausgelöst. Man sieht in diesen Vorgängen eine Durchkreuzung der auf eine Wirtschaftsbelebung gerichteten Bemühungen der Reichsregierung. In zahlreichen Zusammenkünften der Bewohner der gefährdeten Gebiete wird von der Regierung Schutz gegen einen derartig skandalösen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen gefordert. Dieses Verlangen ist wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch in gleicher Weise gerechtfertigt. Die Lasten aus den durch Quotenübertragungen hervorgerufenen sozialen Schäden dürfen nicht der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Ueberdies stellen Quotenübertragungen, volkswirtschaftlich betrachtet, kein taugliches Mittel dar, um der übertriebenen und kostspieligen Ueberkapazität im Bergbau zu begegnen. Nur durch eine Arbeitszeitverkürzung wird es möglich sein, die fortgesetzten wirtschaftlichen und sozialen Mißheftigkeiten, die sich daraus ergeben, nach und nach zum Verschwinden zu bringen. Wir fragen deshalb die Reichsregierung:

1. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die aus Quotenübertragungen herrührenden sozialen Schäden von der Bevölkerung der Bergbaureviere abzuwenden?
2. Ist die Reichsregierung bereit, eine Sonderregelung der bergbaulichen Arbeitszeit vor der allgemeinen Neuregelung dieser Frage alsbald zu treffen, insbesondere die vierzigstündige im Bergbau unverzüglich gesetzlich vorzuschreiben?

Außerdem wird sich der Reichstag mit einem Gesetzesantrag befassen müssen, der auf Grund der Initiative des Kameraden

### Für Volksinteresse oder Profitinteresse?

Allzu optimistisch darf man auf die Antwort hierauf nicht warten. Die Leute, die heute hierüber zu entscheiden haben, gehören ja nicht mehr zum Volk im sozialen Sinne. Entscheidend sind heute die Herrenleute. Die Gefinnungs- und Klaffenossen des Großkapitals. Und darüber muß sich jeder klarwerden, daß so offensichtliche Profitpolitik auf Kosten des Volkes, wie sie hier von Rheinpreußen her versucht wird, überhaupt erst möglich wurde auf Grund der neuen politischen Situation. Man erwartet eben von den neuen Machthabern mehr Verständnis für derartige Machenschaften. Aber die Herrschaften sollen sich nicht täuschen. Einmal reißt dem Volke ja doch der Geduldsfaden. Und wir werden nicht erlahmen und aufhören in unserem Kampf um die Aufklärung und um unser Bestes tun, damit auch in der Zwischenzeit die Bäume der neuen Leute nicht bis in den Himmel wachsen.

Vielleicht aber hat das ganze auch etwas Gutes. Vielleicht wächst durch solche Manipulationen die Einsicht auch in weiteren Kreisen, daß man diesen privaten Profitjägern doch das Handwerk legen muß, d. h., daß die Enteignung der Leute und die Verstaatlichung ihrer Wirtschaftsunternehmen nicht mehr länger hinausgeschoben werden darf.

Auch der letzte muß einsehen, daß so, wie die Leute wirtschaften, wahrhaftig keine Kunst ist. Im Gegenteil, daß ihr Wirtschaften, rein volkswirtschaftlich gemert, elende Stümperei ist. Hier hat der Staat die Pflicht, durchzugreifen und den Leuten das Handwerk zu legen, denn nur der Staat hat die Macht dazu. Wir fordern, daß man erdgültig diesem ganzen Stilllegungsprozeß ein Ende gesteckt wird. Mag er in den rückliegenden Jahren noch unvermeidlich gewesen sein und einen gewissen Sinn gehabt haben eben als unvermeidliche Begleiterscheinung im Kampf um die Behauptung im internationalen Konkurrenzkampf; heute jedenfalls dient er nur noch der Steigerung des Profits, was privatwirtschaftlich vielleicht verständlich ist, aber volkswirtschaftliche Sinnlosigkeit darstellt. Wenn damit die sozialen Schäden, die daraus entstehen, nicht ausgeglichen werden können. Auch hier trifft das Wort zu: Vernunft wird Unfinn, Wohlthat Plage —, dessen man sich allmählich bewußt werden muß.

Die Zechenstürmer haben zwar eine günstige Situation für sich. Die allgemeine volkswirtschaftliche Not wird von ihnen sehr geschickt ausgenutzt. Sie stellen die volkswirtschaftliche Armut heraus als ihre privatwirtschaftliche Armut. Dabei ist es so, daß

volkswirtschaftliche Armut durchaus nicht ohne weiteres auch privatwirtschaftliche Armut zu sein braucht. Im Gegenteil kann es so sein, daß rein betriebswirtschaftlich ein Unternehmen auch in schwersten Krisenzeiten durchaus gesund dastehen kann. Und wir sind gerade dem Bergbau gegenüber der Auffassung, daß das bei ihm sehr weitgehend zutrifft. Wir glauben zumindest, daß er sich nicht in einer besonders schwierigen Lage befindet im Verhältnis der gesamtwirtschaftlichen Situation und gar kein Grund besteht, daß die Allgemeinheit im privatwirtschaftlichen Interesse mächtiger Ruhrzechenbesitzer so große soziale Opfer auf sich nehmen müßte, wie das im Falle Rheinpreußen—Sachsen von ihr verlangt wird. Ob wir damit recht haben, könnte der Staat sehr leicht und einfach feststellen, er brauchte nur zu wollen.

Der Staat müßte in diesem Falle der Gewerkschaft Rheinpreußen sagen, daß dann, wenn sie Zeche Sachsen oder einen weiteren Rheinpreußen-Schacht stilllegt, er sich gezwungen sehe, im Interesse der Allgemeinheit die Gewerkschaft Rheinpreußen in eigenen Besitz und staatliche Regie zu übernehmen. Wir gehen jede Wette ein, daß damit die Diskussion um die Stilllegung von Sachsen oder Rheinpreußen-Schächten beendet wäre. Man mache einmal die Probe aufs Exempel.

Diese ganze Stilllegungskampagne erhält noch ihre besondere Note dadurch, daß sie in einer Zeit spielt, in der die Unternehmer im Grunde mit der herrschenden Regierung von einseitiger Wirtschaftsbekämpfung und baumäßigem Auftrieb reden und schreiben lassen. Weshalb dann gerade volkswirtschaftliche Werte in Gestalt modernster und neuester Anlagen vernichtet werden sollen, ist rätselhaft. Oder aber, die Unternehmer gestehen ganz offen ein, daß sie sich tatsächlich in den letzten Jahren ganz gräßlicher Kapitalfehlleitung schuldig gemacht haben. Sowohl die Zeche Sachsen in ihrer heutigen Gestalt mit den zugehörigen Arbeiterkolonien, wie auch die Rheinpreußen-Schächte sind doch das Produkt kostspieliger Investierung der letzten Jahre. Und nun plötzlich entdeckt die berühmte privatwirtschaftliche Vernunft wiederum umgekehrt, daß die Errichtung dieser Anlage sich nicht nur als verfehlt schlechthin erweist, sondern sogar so verfehlt, daß das darin investierte Kapital im Interesse vernünftiger privatkapitalistischer Wirtschaft völlig vernichtet werden muß. Das grenzt an wirtschaftlichen Irrsinn.

Das sind doch die sprechendsten Beispiele für die Wichtigkeit der Politik der freien Gewerkschaften. Auch

Hulemann gleichfalls von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unterm 11. Jan. 1933 eingereicht worden ist. Er lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die beabsichtigten Stilllegungen der Zeche Sachsen, Rheinpreußen und Neumühl zu unterbinden.“

Mit einem ähnlichen Antrag von sozialdemokratischer Seite wird sich auch der Preussische Landtag zu beschäftigen haben.

Wie wir bei Redaktionsschluss telefonisch erfahren, waren außerdem zwei Verbandsvertreter — die Vorstandsmitglieder August Schmidt und Albert Martini — am 11. Jan. im Reichswirtschaftsministerium vorstellig geworden. In einer Besprechung mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister trugen sie der Regierung die Befürchtungen der Ruhrbergarbeiter vor und wandten sich entschieden gegen die schwebenden Stilllegungspläne.

Die grundsätzliche Haltung unseres Verbandes zu dem Stilllegungsstand der Haniel-Konzerns geht auch aus einer Presse-notiz hervor, die wir bereits vor einigen Tagen veröffentlichten und die wie folgt lautet:

„Nach einem Bericht in der Tagespresse hatte die Zechenverwaltung von Rheinpreußen am 9. Januar eine Anzahl Be-

hörden- und Pressevertreter zu einer Besprechung eingeladen. Gegenstand dieser Besprechung soll diesen Meldungen zufolge die Frage gewesen sein, ob Zeche Sachsen oder aber Neumühl oder Rheinpreußen stillgelegt werden soll. Der Zweck dieser Fragestellung ist sehr durchsichtig. Nachdem die Protestkundgebungen gegen die beabsichtigte Stilllegung der Zeche Sachsen zu einer machtvollen Bewegung gegen die verhängnisvollen Folgen der privatkapitalistischen Quotenschiebungen angewachsen sind, versucht man nun einzelne Schachthanlagen gegeneinander auszuspielen. Das heißt, indem man der Zeche Neumühl bzw. Rheinpreußen mit einer Stilllegung droht — falls Zeche Sachsen in Betrieb bleibt —, will man die davon betroffenen Geschäftsleute und Behörden in diesen Bezirken mobilisieren und veranlassen, daß sie sich zur Abwehr drohender Gefahren für eine Stilllegung der Zeche Sachsen aussprechen. Auf diese Weise hofft also die Verwaltung der Hanielzechen eine breite Front und wesentliche Unterstützung ihres Stilllegungsplanes für Zeche Sachsen gewinnen zu können. Die Bergarbeiter können hier nicht mithelfen. Sie wenden sich sowohl gegen die Stilllegung von Sachsen wie gegen diejenige von Neumühl und Rheinpreußen. Die Stilllegungsabsicht ist eine Folge des privatkapitalistischen Ausdehnungsdranges. Sie kann volkswirtschaftlich in keiner Weise gerechtfertigt werden.“

tariflichen Verschlechterungen abhängig zu machen. Derartige Verrücktheiten dürfte man um so weniger erwarten, weil all bisherigen Lohnsenkungen nicht zu einer Wirtschaftsbelebung sondern zu einem weiteren wirtschaftlichen Niedergang geführt haben. Das ist an sich auch gar nicht verwunderlich. Wo soll denn eine Belebung der Geschäftstätigkeit herkommen, wenn allein im Kohlenbergbau die monatliche Lohnsumme von 100 auf 88 Mill. M. und damit die bergmännische Kaufkraft in katastrophaler Weise zurückgegangen ist? Ungeachtet all dieser erschütternden Tatsachen orakelte der Rastindustrial Herr August Rosterg in der „D. Bergw.-Ztg.“ vom 8. Dezember 1932:

„Was uns allein aus der unfagbaren Not, in der wir uns befinden, retten kann, ist die endliche Wiedereinführung der freien Wirtschaft, in der jeder Mensch, ganz gleich ob Unternehmer, Beamter oder Arbeiter, sich sein Brot da suchen kann wo er es am besten findet.“

Um dieses Ziel zu erreichen, sollten die verantwortlichen Führer nicht davor zurücktreten, alle der Arbeit und dem Unternehmertum in der Nachkriegszeit durch Tarifverträge und Arbeitszeitbestimmungen auferlegten Zwangsmassnahmen zu beseitigen. Es geht nicht an, dem Unternehmer die Ausgaben zu diktiert, ohne ihm gleichzeitig die Einnahmen zu garantieren. Die es ihm ermöglichen, den Betrieb fortzuführen. Unter der Gewerkschaftsherrschaft haben wir aber das erste getan und das zweite unterlassen.“

Einen Monat später, in der Ausgabe vom 6. Januar 1933, wiederholt dieser Wirtschaftsführer seine Rettungspläne, indem er erneut u. a. fordert:

„Die gesamte deutsche Wirtschaft muß sofort von allen Fesseln befreit werden. Jeder, sowohl Arbeiter wie Angestellter und Unternehmer soll sich sein Brot dort suchen, wo er es am besten findet. Alle Tarifverträge und sonstige die Produktion hemmenden Einrichtungen müssen beseitigt werden. Auch Kartelle müssen gelöst werden, wo sie der unbedingt notwendigen Preisfestsetzung entgegenstehen.“

An anderer Stelle meint der Herr Generaldirektor und Großverdiener:

„Unser armes, hungerndes Volk ist apathisch, müde; es ist bereit, jede Arbeit zu leisten, wenn es dafür ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein bekommen könnte. Ein menschenwürdiges Dasein kann man sich auf dieser Welt aber nur verdienen. Daß man in der Politik von diesem allein richtigen Grundsatz abgewichen ist, indem man jedem Menschen durch die soziale Gesetzgebung ein Mindesteinkommen garantiert hat, das war eben der größte Fehler, der je gemacht worden ist. Die Folgen dieses Fehlers müssen wir alle jetzt tragen.“

Nachdem der Rastindustrial in dieser frivolsten Weise sein antisoziales Herz ausgeschüttet hat, müssen die Redakteure der „D. Bergw.-Ztg.“, die im Interesse der deutschen Wirtschaft sicherlich weit unter dem Tarif verdienen (?) und deshalb absolut berechtigt sind, für eine weitere Herabsetzung der Arbeiterlöhne zu plädieren, die Ausführungen des Generaldirektors mit folgenden Worten unterstützen:

„An dieser Stelle ist viele Jahre lang sorgfältig verfolgt und darüber berichtet worden, wie noch in Zeiten guter Konjunktur immer mehr Arbeiter als unmittelbare Folge der Tarifverträge auf die Straße kamen.“

Der Bösendienst vor St. Tarif wurde soweit getrieben, daß man selbst gegen den ausdrücklichen Willen der Belegschaft und der Angestellten und auf Kosten der Steuerzahler Betriebe stilllegte, wenn sie die Tariflöhne nicht mehr herauswirtschaften konnten. Duisburg-Meiderich ist als Schulbeispiel solchen Übergläubens in die Wirtschaftsgeheile eingegangen. Von der Regierung haben erlassene Bestimmungen, die wenigstens in jenen trassen Fällen eine Lockerung der Tarife möglich machen sollten, mühen von Schleichern unter dem Druck der Gewerkschaftsparteien geopfert werden.“

Durch diese Bemerkungen macht sich die „D. Bergw.-Ztg.“ die Auslassungen Rostergs voll und ganz zu eigen. Herr Rosterg meint aber bereits in seinem ersten Artikel:

„Durch die politische Macht der Gewerkschaften sind in Deutschland mehr als in irgendeinem anderen Lande die Wirtschaftsverhältnisse im Vergleich zur Vorkriegszeit in verhängnisvoller Weise ins direkte Gegenteil umgekehrt worden. Die Wirkungen — Arbeitslosigkeit und allgemeine Verelendung — hat unser Volk in der Nachkriegszeit erleben und teuer bezahlen müssen.“

# Arbeitszeitverkürzung ist notwendig und möglich.

## Arbeitsnot - Maschinenarbeit - Schichtförderanteil und Lohnkosten im Bergbau.

Bereits in der letzten Ausgabe unserer Verbandszeitung wiesen wir nach, daß eine spürbare Milderung der bergmännischen Arbeitslosigkeit nur mit Hilfe einer Arbeitszeitverkürzung möglich ist. Wir erbrachten, gestützt auf einwandfreie Berechnungen, den Nachweis, daß bei einer Wiederkehr der mengenmäßigen Hochkonjunktur allein im Ruhrbergbau Zehntausende von Bergarbeitern arbeitslos bleiben müssen, weil die Wiederbeschäftigung des dritten Teils der arbeitslosen Ruhrbergarbeiter genügt, um die Höchstproduktion vom Jahre 1929 wieder zu erreichen. Damals förderte man mit einer Belegschaft von 376 000 Mann arbeitsmäßig 407 000 T. Zur Förderung dieser Menge wären heute infolge des gestiegenen Schichtförderanteils nur noch 246 000 Mann erforderlich. Die veränderte Produktionstechnik im Ruhrbergbau hat demnach in kurzer Zeit 130 000 Bergarbeiter überflüssig, das heißt arbeitslos gemacht. Da diese Arbeitslosen keine Aussicht hat, in anderen Berufen einen Erwerb zu finden — die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Rheinland-Westfalen beträgt 1,2 Millionen —, so kann nur durch eine grundlegende Verkürzung der Arbeitszeit eine Milderung der Arbeitslosigkeit erreicht werden. Was für den Ruhrbergbau gilt, ist aber zugleich typisch für die arbeitsmarktpolitische Lage im gesamten deutschen Bergbau. So waren beispielsweise im Jahre 1913 im gesamten deutschen Bergbau noch annähernd eine Million Arbeiter beschäftigt. Anfang November 1932 waren es dagegen nur noch 432 000.

Die Ursachen des gesunkenen Beschäftigungsgrades sind, wie die zahlenmäßige Gegenüberstellung aus dem Ruhrbergbau beweist, vor allem in den produktionstechnischen Veränderungen zu suchen. Durch die steigende Anwendung maschineller Hilfskräfte wird die menschliche Arbeitskraft mehr und mehr verdrängt. Der prozentuale Anteil der mit Hilfe von Maschinenarbeit gewonnenen Kohlenförderung gestaltete sich nämlich wie folgt:

Prozentualer Anteil der maschinellen Gewinnung bei der Steinkohlenproduktion.

	1926	1931
Ruhrgebiet . . . . .	65,7	95,9
Obererschlesien . . . . .	13,5	23,5
Niedererschlesien . . . . .	78,3	95,4
Wachsen . . . . .	67,3	91,1

Mit der Steigerung der maschinellen Gewinnung war natürlich auch ein Anwachsen des Förderanteils je Mann und Schicht verbunden. Verglichen mit dem Stande von 1913, weist die Entwicklung des Schichtförderanteils folgendes Bild auf:

Entwicklung des Schichtförderanteils im Steinkohlenbergbau.

	1913	1932 (Sept.)	Prozentuale Steigerung
Ruhrrevier . . . . .	943 Kg.	1646 Kg.	75%
Obererschlesien . . . . .	1139 Kg.	1716 Kg.	51%
Niedererschlesien . . . . .	669 Kg.	938 Kg.	40%
Wurmrevier (Wachen) . . . . .	768 Kg.	1168 Kg.	53%

Noch gewaltiger als im Steinkohlenbergbau ist der Leistungseffekt im Kali- und Braunkohlenbergbau gestiegen. Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier beträgt die Erhöhung des Schichtförderanteils bis zu 140 Prozent, im rheinischen Braunkohlengebiet 110 Prozent. Im Kalibergraben ist der Schichtförderanteil sogar um 179 Prozent gesteigert worden. Daß mit dieser Maschinisierung auch eine starke Intensivierung der bergmännischen Arbeitsweise verbunden war, ist bekannt. Allein die Lasten, die schon in den Jahren 1927-28, in denen es wenig Feiertage gab, die durch Nervenschmerzen verursachten Krankheitsfälle bei der Ruhrknappschicht dreimal so hoch wie

Lohnanteil je Tonne im Steinkohlenbergbau.

	1924	1932 (Sept.)
Ruhrrevier . . . . .	6,95 M.	4,27 M.
Obererschlesien . . . . .	4,83 M.	3,17 M.
Niedererschlesien . . . . .	7,28 M.	5,68 M.
Wurmrevier (Wachen) . . . . .	8,70 M.	5,37 M.

In mehreren Revieren liegt sogar der jetzige Lohnanteil ganz erheblich unter dem Stande von 1913. Er beträgt im Ruhrbergbau gegenwärtig 4,27 M. gegenüber 5,94 M. im Jahre 1913.

Sowohl im Kali- wie auch im Steinkohlenbergbau bilden die Lohnkosten nur noch einen ganz geringen Bestandteil der Selbstkosten. Sie sind gegenüber den übrigen Unkostenfaktoren nicht mehr von entscheidender Bedeutung. Aus alledem ergibt sich, daß die dringend notwendige Verkürzung der Arbeitszeit wirtschaftlich durchführbar ist und an der Selbstkostenfrage nicht zu scheitern braucht.

Bei der Bewertung der erwähnten Tatsachen muß schließlich berücksichtigt werden, daß die Darlegungen sich auf Erhebungen beziehen, die einige Monate zurückreichen und praktisch schon wieder überholt sind. Diese Anmerkung erscheint deshalb besonders wichtig, weil der Stilllegungsstand der Zeche Sachsen im Ruhrgebiet deutlich zeigt, wie sehr man zur Zeit bemüht ist, die Förderung noch mehr, und zwar auf die modernsten Schachthanlagen zu konzentrieren. In dem Augenblick, in dem die Zechenverwaltungen ihre diesbezüglichen Bestrebungen in größerem Ausmaß durchsetzen, werden die Verhältnisse natürlich noch grotesker. In nicht allzu ferner Zeit würden wir dann im Bergbau einen hochmodernen Produktionsapparat aufweisen, der mit einer bedeutend reduzierten Belegschaft phantastische Förderleistungen bewältigen könnte. Diese technischen und wirtschaftlichen Retordleistungen würden jedoch nicht als ein begrüßenswerter Fortschritt empfunden werden können, weil ihnen eine riesige Arbeitslosenarmee gegenüberstände. Die Gefahr, daß sich der gegenwärtige groteske Zustand noch gewaltig verschlimmert, ist also durchaus gegeben. Mit dieser Gefahr aber droht zugleich eine Katastrophe und ein Chaos von unübersehbaren Folgen, ein Zustand, der nur von denen herbeigewünscht werden kann, die alle ihre politischen Hoffnungen auf eine grenzenlose Verelendung, auf Zusammenbruch und Durcheinander stützen.

Unser Ruf nach einer weitgehenden Verkürzung der Arbeitszeit kann und wird deshalb nicht verstummen. Die vierzigstündige Woche muß kommen, wenn der technische Fortschritt nicht zu einem Ausgangspunkt sozialer Verelendung und einem gesellschaftlichen Exploitationsherd werden soll. Und das alles nur, weil man verabsäumt, zur rechten Zeit das Notwendige zu tun!

# Wirtschaftspolitische Weisheiten der Deutschen Bergwerks-Zeitung.

## Wie man die Arbeiterkassen verböhnt und die Gewerkschaften verleumdet.

Vorweg sei betont: Von einem großindustriellen Sprachorgan wie der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ kann man grundsätzlich keine Arbeiterfreundliche und soziale Abhandlungen erwarten. Schlimm wäre es auch, wenn privatkapitalistische Zeitungen die Gewerkschaftsarbeit lobend anerkennen würden. Derartige Organe zur Bereicherung privatwirtschaftlicher Interessen müssen naturgemäß einseitig und antisozial sein, weil die wirtschaftspolitischen Vorurteile, die sie für ihre Auftraggeber erstreben, vielfach nur zum Nachteil des sozialen Gegenpielers — der Arbeiterkassen — durchgesetzt werden können. Vom Standpunkte der Arbeiterkassen kann man also von der „D. Bergw.-Ztg.“ im wirtschaftlichen Interessenkampf grundsätzlich keine lohnpolitischen Betrachtungen erwarten, wir wir sie gewohnt sind. Aber eins könnte man erwarten: daß auch die „D. Bergw.-Ztg.“ bei ihren Polemiken die juchzende Not der Arbeiterkassen berücksichtigt, anstatt in hemmungsloser Weise demagogische und reaktionäre Artikel vom Stapel zu lassen, die von den Arbeitern als eine Verhöhnung ihrer traurigen Lage empfunden werden müssen. Wollte man nämlich vieles von dem, was die „D. Bergw.-Ztg.“ bringt, nicht als verantwortungsloses Geschreibsel

sondern als ernsthafte wirtschaftspolitische Forderungen der Unternehmer betrachten, dann müßte man neidlos anerkennen, daß die gefährlichsten Volkserheber und gewissenlosen Stimmungsmacher nicht in den extremen Parteilagern, sondern im Mitarbeiterstab der „D. Bergw.-Ztg.“ zu suchen sind. Zum Beweis hierfür folgende Beispiele:

Es dürfte auch den Redakteuren und Mitarbeitern der „D. Bergw.-Ztg.“ nicht unbekannt sein, daß nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes das monatsdurchschnittliche Bergarbeitereinkommen von rund 100 Mill. M. im Jahre 1929 auf 38 Mill. M., also um mehr als 60 Proz. zurückgegangen ist. Daß infolge des stark gesunkenen Existenzminimums viele Bergarbeiterfamilien nur noch notdürftig existieren können, sollte auch in der Redaktionsstube der „D. Bergw.-Ztg.“ bekannt sein. Zumindest müßten aber diese Herrschaften wissen, daß der Lohnanteil im Ruhrgebiet je Fördertonne im September 1932 noch 4,27 M. betrug und 1,67 M. unter dem Stande von 1913 lag. Aus diesem Rückgang des Lohnanteils geht hervor, wie stark das Lohnkostenkonto bereits gedroht und wie verrückt es ist, neue wirtschaftspolitische Umwälzungspläne von weiteren

Also nun wissen wir es erneut: die Wirtschaftskrise existiert nur in Deutschland und nur deshalb, weil wir Gewerkschaften und Tarifverträge haben. Analog dieser Auffassungen brauchen wir deshalb nur die Gewerkschaften aufzulösen und die Tarifverträge zu beseitigen und der Weg zum deutschen Wiederaufstieg steht — immer frei nach Rosterg — offen. Daß die meisten Kohleneinfuhrstaaten in Europa ihre Einfuhr ganz oder weitgehend gedrosselt haben und infolgedessen die liberalistischen Gedankengänge von Rosterg, abgesehen von allen anderen Denkfehlern, blühender Unsinn sind, muß man dem bergbaulichen Generaldirektor verzeihen. Im Hinblick auf die einleitend erwähnten Tatsachen (gesunkenes Bergarbeitereinkommen und niedriger Lohnanteil) sind diese Aufierungen und wirtschaftspolitischen Forderungen gerade vom Standpunkte des Bergbaues derart widerfönnig, daß wir uns eine Auseinandersetzung damit eriparen. Wenn wir sie überhaupt erwähnten, dann aus dem einfachen Grunde, um unserem Leserkreis wieder einmal die wirtschaftspolitischen und geistergeschichtlichen Verdienste der „D. Bergw.-Ztg.“ herauszustellen. Schließlich können daraus auch die Nazis und Kommunisten in ihrem Kampfe gegen die Gewerkschaften manches lernen. Denn wenn ein Generaldirektor und Großverdiener die kommunistische und nationalsozialistische These, daß nur die Gewerkschaften die Krise verschuldet haben, bestätigt, dann muß es doch wahr sein.

Was meinst du, Kumpel?

**3.** Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit Woche vom 15. bis 21. Januar 1933

# Eiserne Front gegen Graue Front.

Die deutsche Reaktion, besonders innerhalb der deutschen Schwerindustrie, hat mit dem politischen Jongleur aus Braunau, Adolf Hitler, eine neue Attraktion vor. Man will die gelbe Unternehmerfront mit der braunen Hitlerfront zu einer Politik vereinigen und nennt das neue Monstrum, das daraus entstehen soll, die „Graue Front“.

Uns scheint, als ob man so endlich den richtigen Namen für diese Richtung gefunden hätte, denn in der Tat ist es ja jetzt schon so weit, daß alle halbwegs Vernünftigen immer mehr das Grauen vor dem „großen Führer“ und seiner Truppe bekommen. Es ist ja auch kaum mehr zu verdauen, was Hitler alles seinen Nachläufern an politischer Speise vorsetzt!

Vor acht Wochen noch zog er rachschnaubend gegen den früheren Reichskanzler Franz von Papen durch die Lande und drohte ihm und seiner Richtung politischen Tod und Verderben an. So sehr gebürdete er sich als dessen Todfeind, daß er es ablehnte, mit ihm in persönliche Verhandlungen einzutreten. Und noch vor vierzehn Tagen schriebe die Naziblätter, daß es eine Beleidigung für Hitler sei und die Nazisbewegung es als Entwürdigung empfinde, wenn man behaupten würde, Adolf Hitler würde mit Franz von Papen politische Aussprachen halten. Und — o Graus! — zwei Tage nach diesem Bekenntnis wird gemeldet, daß der große Adolf mit Papen in Köln eine Konferenz zusammen habe.

Die Schwerindustrie hatte eben Adolf den Befehl erteilt, zu dieser Konferenz zu gehen und der „große Führer“ mußte gehorchen. Er mußte also sich selbst schwer beleidigen und seine Bewegung entwürdigen. O Adolf, deine Wege sind wunderbar und unerforschlich! Das heißt für den, der ihm nachläuft und seinen und seiner Trabanten Worten glaubt. Der Arbeiter weiß längst, was eigentlich dahinter steckt und Hitler nur der willige, von Gnaden der schwerindustriellen Liebesgaben großgewordene Vorläufer der schwärzesten Reaktion ist.

Diese Erkenntnis haben nicht etwa nur wir als freie Gewerkschaften, sondern auch die sogenannten nationalen Kreise sind mit Hitler helle geworden. Man weiß dort längst, daß die Thyssen und Otto Wolff und bekannte und verwandte Industriegruppen in der Naziartei schweres Kapital investiert haben, und daß diese Kreise endlich auch einmal Verzinsung haben möchten. Adolf soll ihnen politische Macht bringen, damit sie das ihm gegebene Kapital wieder zehnfach herausholen

können aus Arbeiterlöhnen, Sozialversicherung, Unterstützung und so weiter.

Hierüber zum Beispiel schreibt der „Jungdeutsche“: „Die beiden gegeneinander kämpfenden Industriegruppen erkannten, daß sie sich nur gegenseitig geschadet hatten und daß der General von Schleicher nicht gewillt war, die Auslöcherung der Tarife und den Kampf gegen die Gewerkschaften mitzumachen. Im Gegenteil, er ließ die sozialen Bestimmungen der bekannten Notverordnung Papens aufheben und sorgte dafür, daß die Verbindungen zu den Gewerkschaften nicht abrisßen, sondern den verschiedenen Absichten und Plänen, so z. B. in der Zusammensetzung des Beirats des Arbeitsbeschaffungskommissars und im Jugendwert, nutzbar gemacht wurden. Was lag näher, als daß sich die Industriegruppe Hugenberg wieder mit der Industriegruppe Thyssen—Otto Wolff vereinigte, um nun gemeinsam Politik zu machen.“

Die rheinisch-vestfälische Schwerindustrie, die als reaktionärer Drahtzieher im Hintergrund bereits immer gewirkt hat, hatte also Anstoß daran genommen, daß von Schleicher den sozialpolitischen Teil der Notverordnung Papens aufgehoben hat, die Auflockerung der Tarife nicht mitmachte und den Kampf gegen die Gewerkschaften nicht aufnahm. Das Ziel soll sein, eine Regierung Papen—Hitler zu errichten, nachdem man das jetzige Kabinett gestürzt hat.

„Die Wiedervereinigung der Gruppe Hugenberg—Papen mit der Gruppe Thyssen—Otto Wolff ist also der innere Kern des Wiederaufbaus der Harzburger Front, die durch die Besprechung Papen—Hitler eingeleitet werden sollte. Die Harzburger Front ist sozusagen der äußere Kreis, in dessen Kern die genannten Industriegruppen stehen.“

Die Errichtung der sogenannten Grauen Front ist ein Warnsignal der verstärkten in Aktion tretenden Reaktion. Man muß den Fortgang der Bemühungen mit Interesse verfolgen und auf eine scharfe Abwehr bedacht sein. Schließlich gehen alle Bemühungen dahin, den Einfluß der Arbeiterklasse auf Politik und Wirtschaft vollständig zu beseitigen und die Tarifverträge und andere Schutzmaßnahmen der Arbeiterklasse aufzuheben.

Angesichts dessen bleibt nichts anderes übrig als die Eiserne Front gegen die in Bildung begriffene Graue Front zu mobilisieren!

gen der Finanz, Tilka und auch der Mofa als Hilfsinstitute der Banken mit Unterstützung des Reiches lassen darauf schließen, daß

die innere Reorganisation der Banken trotz des damaligen Milliardenaufwandes des Reiches noch nicht durchgeführt ist.

Die große Sanierungsaktion, welche bekanntlich feinerzeit mit Hilfe der Goldkreditbank und der Reichsbank finanziert wurde, hatte zwar eine Besserung der buchmäßigen Liquidität zur Folge. Diese zeigte sich in der Folgezeit hauptsächlich darin, daß die Banken größere Kassenbestände als vormals ausweisen konnten. Im übrigen hatten die Banken die Mittel, die sie durch die Sanierung neu gewonnen hatten, dazu verwendet, um ihren Lombard bei der Reichsbank und ihre Verpflichtungen aus Ägypten zu decken. Wie wenig aber der Flüssigkeitsgrad der Banken durch die Sanierungsaktion beeinflusst wurde, geht daraus hervor, daß nach Angabe des „Instituts für Konjunkturforschung“ sich die Liquiditätsquote der Aktiobanken, die von 36,9 Proz. am 31. März 1931 auf 28 Proz. am 31. Juli 1931 gesunken war, am 31. März 1932 (also kurz nach der Bankensanierung) nur auf 33,2 Proz. erhöhen konnte, und selbst bis heute noch nicht bei weitem den normalen Stand vor Ausbruch der Kreditkrise erreicht hat. Diese frappierende Tatsache findet darin ihre Aufklärung, daß die Riesensumme der eingefrorenen und uneinbringlichen Kredite und der Substanzschund der Eigeneffektendepots noch wie ein Alpdruck auf dem bilanzmäßigen Gefüge der Banken lasten. Mit aller Deutlichkeit zeigt die nachfolgende Tabelle, wie sich die Schuldverhältnisse bei den Großbanken (in Millionen Mark) und der Aktiendarlehen (Durchschnitt 24/26 = 100) entwickelt haben.

Schuldner der Großbanken	Aktienindex
Febr. 1931 . . . 6037	Jan. 1931 . . . 81,8
Juli 1931 . . . 5642	Sept. 1931 . . . 57
Leg. 1931 . . . 4821	April 1932 . . . 49,6
Febr. 1932 . . . 4790	Nov. 1932 . . . 58,2
Okt. 1932 . . . 4588	Dez. 1932 . . . 61 (rund tagiert)
Dez. 1932 . . . 4575 (rund tagiert)	

Der Rückgang der Schuldner bei den Großbanken beträgt demnach im Laufe von etwa zwei Jahren rund 25 Prozent. Wenn man sich aber diese Zeitspanne stärker Wirkungskreisdepression mit ihren Insolvenzen und Zusammenbrüchen ohne Zahl vor Augen führt, und wenn man weiterhin bedenkt, wie gerade in diesem Zeitraum die Banken an Krediten sozusagen alles kassierten, was eben einzuziehen war, so kann man sich schon ein Bild von dem gewaltigen Risiko machen, das in den heutigen Schuldverhältnissen der Banken verankert liegt, zumal entsprechende Abschreibungen oder Rückstellungen hierfür nicht gemacht wurden. Nicht wesentlich anders verhält es sich mit den Effektendepots, die einer endgültigen Wertkorrektur sicherlich noch bedürfen. Während letztere zweifellos aus den Geschäftsgewinnen des abgelaufenen Jahres vorgenommen werden kann, so ist eine Wertberichtigung der Bankschuldner durch Heranziehung der Geschäftsgewinne oder der Reserven nicht möglich. Hier treten dann bei den Banken die Finanz und Tilka und bei den gewerblichen Kreditgenossenschaften die Mofa in Funktion.

Als Gegenstand der Finanz (Deutsches Finanzierungs-Institut AG.) wird in ihrem Statut die „Förderung des gewerblichen Kredites“ bezeichnet, darüber hinaus hat sie die Aufgabe, die Fortführung solcher Kredite sowie ihre Umwandlung in Aktien und ähnliche Beteiligungen zu erleichtern. Die Finanz gilt also ausschließlich als Erholungsstation für eingefrorene, aber nicht uneinbringliche Bankkredite und ferner für sogenannte Sanierungsaktien, die bei Sanierungen von Industrieunternehmen an Stelle der Forderungen seitens der Banken übernommen wurden oder nach übernommen werden. Im Gegensatz hierzu übernimmt die Tilka (Tilgungskasse für gewerbliche Kredite) von den beteiligten Banken nur solche Schuldner, die zumindest zweifelhaft sind oder mit deren

## Warum Finanz - Tilka - Mofa?

### Getarnte Reichshilfe für Bank- und Kreditgenossenschafts-Institute.

Zwei Ursachen waren es, die im Februar 1932 das Reich zu dem schwerwiegenden Schritte der Bankensanierung zwangen, um mit einem Milliardenaufwand die als Folge der Wirtschaftskrise erstarrende und brüchig gewordene Kapitaldecke der Großbanken wieder aufzutauen und erneut in Funktion zu bringen. Der ungeheure Kursverlust der Eigendepots an Aktien und Beteiligungen sonstiger Art sowie die Unsumme der eingefrorenen oder überhaupt nicht mehr einbringlichen Kredite hatten zur Folge, daß die Liquiditätsgrenze der Banken allmählich bis zur Zahlungsunfähigkeit zusammenschrankte, was dann bekanntlich zu den Schalter-schließungen des Juli 1931 führte; weiterhin wirkte sich dieser

Vermögensschwand mit seinem ständigen Bedrohen des Eigenkapitals und der fremden Mittel der Banken zu jener verhängnisvollen Kreditkrise aus, welche die Fieberkurve der Wirtschaftskrise in bedenkliche Höhengrade trieb. Nur den psychologischen Auswirkungen der Reichshilfe oder vielmehr des hiermit verbundenen Reiseinflusses auf die Banken war es zuzuschreiben, daß allmählich das Vertrauen wiederkehrte und mit dem Wiederanstieg der Börsenkurse sowie dem Anwachsen der Depositionsgelder vieles wieder besser wurde.

Wenn sich somit wenigstens nach außen hin das Bild wieder günstiger gestaltete, so kann das nicht von der internen Situation der Banken gelten; denn die jetzt erfolgten Gründun-

# König Kohle

Amerikan. Bergarbeiterroman von Upton Sinclair.

Copyright by Malik-Verlag.

Die ganze Verschwörung war eine grimmig ernste Wirklichkeit für jene, deren Leben von ihrer Arbeit in der Kohlen-grube abhing. Hal hingegen empfand selbst in den schwerwiegendsten Augenblicken den romantischen Reiz. Er hatte von Revolutionären gelesen und von der sie verfolgenden Polizei. Er wußte, daß man solche aufregende Dinge im zivilisierten Ausland erleben konnte. Hätte ihm jedoch jemand gesagt, daß es das auch in seinem freien Amerika gebe, wenige Stunden von seiner Vaterstadt und der Universitätsstadt entfernt, er würde dieser Behauptung niemals Glauben geschenkt haben.

Am folgenden Abend wurde Hal von seinem Schachtaufseher auf der Straße angehalten. Der junge Mann schral bei der plötzlichen Begegnung zusammen wie ein Taschendieb, der sich unerwarteterweise einem Polizisten gegenüber befindet.

„Hallo, Junge!“ sagte der Aufseher.

„Hallo, Herr Stone!“ kam die Antwort.

„Ich möchte mit Ihnen sprechen“, bemerkte der Aufseher.

„Gut, Herr“ — und zu sich selbst sagte Hal: „Ich bin erwisch!“

„Kommen Sie in mein Haus“, sprach Stone, und Hal folgte ihm mit dem Gefühl, daß die Handjellen bereits seine Knöchel drücken.

„Sagen Sie einmal“, bemerkte Stone weitersprechend, „Sollten mir doch mitteilen, wenn zuviel geredet wird?“

„Ich habe nichts gehört.“

„Nun, Sie könnten sich ein wenig mehr anstrengen. Es gibt in jeder Kohlengrube unruhige Geister.“ Ganz leise atmete Hal tief auf, es war demnach ein falscher Alarm gewesen.

„Sie erreichten das Haus des Aufsehers. Dieser ließ sich auf der Veranda nieder und wies Hal einen Stuhl an. So saßen sie im Halbdunkel, und Stone begann mit leiser Stimme: „Ich möchte übrigens mit Ihnen von etwas anderem reden: von den Wahlen.“

„Den Wahlen?“

„Wußten Sie nicht, daß eine bevorsteht? Unser Kongressmann ist gestorben, und am Dienstag in drei Wochen findet die Ersatzwahl statt.“

„Ich verstehe, Herr Stone.“ Hal lachte innerlich. Nun würde er selbst erfahren, wozu ihm Olson gesprochen hatte.

„Sie haben darüber nichts gehört?“ erkundigte sich der Aufseher.

„Gar nichts, Herr. Ich kümmere mich nicht um Politik.“

„So soll ein Bergmann sprechen“, erklärte der Aufseher

befriedigt. „Wenn alle soviel Verstand hätten, die Politik den Politikern zu überlassen, dann wären sie weit besser daran. Sie sollten sich alle nur um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern.“

„Ja, Herr“, pflichtete Hal demütig bei, „so wie man es bei den Wählern halten muß, um sich vor der Kollie zu schützen.“

Der Aufseher lächelte lobend: „Sie haben mehr Verstand als die meisten. Wenn Sie zu mir halten, sollen Sie auch gut weiterkommen.“

„Danke, Herr Stone. Geben Sie mir nur Gelegenheit.“

„Ja, zum Beispiel diese Wahl. Wir bekommen jedes Jahr eine gewisse Summe Wahlgeld. Etwas davon könnte auch in Ihre Tasche fließen.“

„Ich könnte es brauchen.“ — Und Hal zeigte ein vergnügtes Gesicht. „Was soll ich tun?“

Eine Pause entstand. Stone sog an seiner Pfeife, dann sagte er in geschäftlichem Ton: „Was mir not tut, ist jemand, der die Dinge ein wenig ausspürt und mir über die Lage berichtet. Ich glaube, es ist besser, wenn ich nicht die Leute verwende, die gewöhnlich für mich arbeiten, sondern einen nehme, der ganz unverdächtig ist. In Sheridan und Pedro wird erzählt, daß die Demokraten sehr viel Staub aufwirbeln, und die Gesellschaft ist daher beunruhigt. Sie wissen wohl, daß die allgemeine Beheigungsgesellschaft republikanisch ist?“

„Ich habe es gehört.“

„Wir geben die Lösung aus: Die Gesellschaft wünscht, daß der republikanische Kandidat gewählt werde und Sie horchen herum und sehen, wie es die Leute aufnehmen.“

„Das klingt recht einfach. Aber sagen Sie, Herr Stone, wozu die Mühe? Haben denn so viele Ausländer das Stimmrecht?“

„Die Ausländer sind belanglos. Wir bürger sie absichtlich ein — die Stimmen ja für ein Glas Bier, wie wir wollen. Aber die englischsprachigen, die Ausländer, die zu lange hier sind, denen das Wams zu eng geworden ist — auf die kommt es an. Beginnen die einmal zu politisieren, so bleiben sie dabei nicht stehen. Bevor wir es wissen, werden sie von Gewerkschafts-agentatoren aufgehezt und wollen hier die Herren spielen.“

„Ja, ja, ich verstehe“, entgegnete Hal und fragte sich im stillen, ob er seiner Stimme den richtigen Ton verleihen habe.

Den Schachtaufseher beschäftigten jedoch eigene Sorgen. „Neulich erst sagte ich zu Si Adams: Was ich brauche, sind Leute, die eine ganz neue Sprache sprechen — eine, die nie jemand verstehen wird. Aber selbst das würde nichts nützen. Man kann sie nicht hindern, Englisch zu lernen.“

Hal beschloß, die günstige Gelegenheit wahrzunehmen, um sein Wissen zu vervollkommen. „Sie brauchen doch die Stimmen nicht zu zählen, Herr Stone, wenn es Ihnen nicht paßt.“

„Sehen Sie“, erwiderte Stone, „es kommt darauf an, die Dinge so einfach wie möglich zu machen. Als ich in Happy-Gulch Oberaufseher war, verloren wir mit Politik keine Zeit. Damals war die Gesellschaft demokratisch, und wir schrieben am Wahlabend ganz einfach für den demokratischen Kandidaten vierhundert Stimmen auf. Bevor wir jedoch wußten, woran wir waren, hatte die Gegenpartei eine Anzahl Leute in die Stadt geschleppt und sie schwören lassen, daß sie republikanisch gestimmt hätten. Die republikanischen Zeitungen waren voll davon, und irgendein blödsinniger Richter verlangte eine aber-

malige Stimmzählung. Wir saßen die ganze Nacht über den neuen Stimmzetteln. Es hat uns damals viel Mühe gekostet.“

Der Schachtaufseher lachte, und Hal stimmte distret ein.

„Sie sehen, auch das will gelernt sein. Gibt es im Kohlenrevier Stimmen für den falschen Kandidaten, so kommt das eben doch ans Tageslicht; wird der rechte gar zu einstimmig gewählt, so erweckt das Unzufriedenheit. Viele Aufseher lehren sich nicht daran. Ich aber habe meine Lektion rechtzeitig gelernt und besitze meine eigene Methode, nämlich die, keine Opposition aufkommen zu lassen. Verstanden?“

„Ja.“

„Möglich, daß ein Grubenbesitzer sein Recht hat, sich in Politik zu mischen — aber eine Sache geht ihn bestimmt an: wer in seinen Gruben arbeitet. Es gibt nichts Einfacheres als ausfällen! — ausfällen!“ Niemals vergaß Hal die Bewegung der fleischigen Hände, mit der Uler Stone seine Worte begleitete.

Als er fortfuhr, klang seine Stimme weniger gutmütig als sonst: „Die Kerle, die nicht so stimmen wollen, wie ich es will, können anderswohin stimmen gehen. Das ist alles, was ich über Politik zu sagen habe.“

Übermals entstand eine kurze Pause, derweilen Stone an seiner Pfeife sog. Dann fiel es ihm anscheinend ein, daß alle diese Details für die Ausbildung eines politischen Rekruten unnötig seien. Als er wieder zu reden begann, lag freundschaftliche Entlassung in seiner Stimme: „Sie wissen also, was Sie zu tun haben, Junge. Morgen werden Sie sich die Hand verstauchen, so daß Sie ein paar Tage nicht arbeiten können. Dadurch bekommen Sie Gelegenheit, sich herumzutreiben und zu hören, was gesprochen wird. Ich werde schon dafür sorgen, daß Sie Ihren Lohn weiter erhalten.“

„Das klingt recht angenehm“, sagte Hal erfreut, doch zeigte er nur einen kleinen Teil seiner Freude.

Der Schachtaufseher erhob sich und klopfte den Tabak aus seiner Pfeife. „Merken Sie sich bloß, daß ich eine Gegenleistung verlange. Ich habe andere bei dieser Art Arbeit beobachtet und besitze einen Maßstab. Sie wissen nicht einmal, ob ich nicht auch Sie überwachen lasse.“

„Ja“, sagte Hal vergnügt grinsend, „ich werde bemüht sein, es nicht zu vergessen.“

Hal's erste Tat war, Tom Olson aufzusuchen und ihm seine Erlebnisse zu berichten. Sie freuten sich beide sehr. „Nun bin ich ein Organist des Aufsehers“, lachte Hal.

Der Organist jedoch machte plötzlich ein ernstes Gesicht. „Seien Sie vorsichtig mit dem, was Sie für den Kerl tun.“

„Weshalb?“

„Er kann es nachher gegen Sie ausspielen. Diese Herrschaften versuchen, sobald ihnen jemand Geschichten macht, stets zu beweisen, daß er von ihnen Geld angenommen oder zum mindesten verlangt hat.“

„Er wird aber keine Beweise haben!“

„Das eben meine ich. Wenn Stone angibt, Sie hätten im Einverständnis mit ihm gehandelt, könnte sich einer der Arbeiter entsinnen, daß Sie mit ihm politisiert haben. Hüten Sie sich vor gezeichnetem Geld.“

Hal lachte. „Das Geld bleibt nie lange in meiner Tasche. Was aber soll ich ihm sagen, wenn er einen Bericht fordert?“

Erholung kaum zu rechnen ist. Während die Einbringungen der Banken in die Finanz des Jahres...

Die Vorteile, die den Banken und Kreditgenossenschaften durch diese Hilfsinstitute erwachsen...

Sämtliche Einbringungen in die Kreditinstitute können von den Banken mit 100 Prozent bilanziert werden;

ja es ist anscheinend sogar vorgesehen, daß die Forderungen an die Finanz sogar unter Kostroguthaben aufgenommen werden können.

Wenn auch bei der Gründung dieser Kreditinstitute die privatwirtschaftlich eingestellten Interessenten den hier verankerten Einfluss der öffentlichen Hand durch besondere Kautelen beschnitten haben...

Wirtschaftspolitische Neujareshelmente.

Eine jede Volksklasse, und innerhalb ihrer eine jede Gruppe, erwartet heute vom Staat und nur von ihm Hilfe und Unterstützung.

Die Geschenke des Staates an der Schwelle des neuen Jahres kamen verschiedenen Klassen zugute, jedoch keineswegs gleichmäßig.

„Machen Sie sich lieber gleich an Ihr Vorhaben, Joe, so daß er keine Zeit findet, Sie auszufragen.“

„Gut“, lautete die Antwort. „Ich will aber trotzdem den Spaß genießen, der Günstling des Aufsehers zu sein.“

Früh am nächsten Morgen schickte sich Hal an, seine Hand zu verstauchen. Er ging zur großen Feumruhigung des alten Mißes...

Vorerst begab er sich auf sein Zimmer, band einen alten Fetzen ums Handgelenk und darüber ein reines Taschentuch.

Auf dem Wege nach dem Rippraum von Nr. 1 traf er einen schwarzen, kleinen Mann mit raschen Bewegungen, ruhelosen, schwarzen Augen und einem mageren, intelligenten Gesicht.

„Guten Morgen, Herr Cartwright“, sagte Hal.

„Guten Morgen“, erwiderte der Oberaufseher. Dann mit einem Blicke auf Hals Verband: „Haben Sie sich verletzht?“

„Ja, Herr, ich habe mir ein wenig die Hand verstaucht, nichts Ernstes, aber ich kann damit nicht recht arbeiten.“

„Waren Sie schon beim Arzte?“

„Nein, Herr, ich glaube, es ist nicht so arg.“

„Gehen Sie lieber doch, man kennt sich bei einer Verstauchung nie recht aus.“

„Gut“, erwiderte Hal — dann, als sich der Oberaufseher anschickte, weiterzugehen: „Glauben Sie, Herr Cartwright, daß Mac Dougal Chancen hat?“

„Ich weiß nicht“, entgegnete der andere etwas erstaunt. „Hoffentlich nicht. Sie werden doch nicht etwa für ihn stimmen?“

„D nein! Ich bin Republikaner, bin schon als Republikaner auf die Welt gekommen. Ich fragte mich nur, ob Sie etwa Mac Dougal sprechen gehört haben.“

„Aum, ich werde wohl kaum Gelegenheit haben, ihn zu hören. Interessieren Sie sich für Politik?“

„Ja, Herr, bis zu einem gewissen Grade. Uebrigens ist die Politik an meiner Verstauchung schuld.“

„Wieso? Haben Sie geraucht?“

„Nein, Herr. Sehen Sie, Herr Stone will, daß ich die allgemeine Stimmung ein wenig ausspüre, und er meint, ich solle mir die Hand verstauchen und ein paar Tage feiern.“

Der Oberaufseher starrte Hal an und konnte das Lachen nicht verheizen. Dann blickte er um sich: „Sie sollten etwas vorsichtiger sein, wenn es sich um dergleichen Dinge handelt.“

„Ich dachte, dem Oberaufseher dürfe ich bestimmt vertrauen“, entgegnete Hal trocken.

Der andere maß ihn mit seinen scharfen Augen, und Hal, in dem der Geist politischer Demokratie erwachte, wagte es, den Blick zu erwidern. „Sie sind ein aufgeweckter Burche“, meinte schließlich Cartwright. „Zeigen Sie, was Sie können,“

Einschränkung dthaltiger Futtermittel gegeben. Für den Fall, daß sie davon Gebrauch machen wird, droht den Bauern und den Konsumenten die Gefahr der weiteren Verteuerung...

Statt der verächtigten Kontingente sollen die Landwirte Zollerhöhungen erhalten. Sie müssen einige Wochen sich gedulden, bis die wichtigsten Handelsverträge (mit Holland, Schweden und Jugoslawien) ablaufen.

Die Banken und das industrielle Großkapital erhielten zum Neujahr zwei „Krankenhäuser“, in die eingefrorene Schulden und faule Wertpapiervorräte eingebracht werden können.

Die Hausbesitzer erhielten Steuerbegünstigungen. Sie

sollen 200 Millionen Mark Steuerzuschüsse für gezahlte Hauszinssteuern erhalten, falls sie Reparaturen vornehmen. Die Mieten brauchen sie nicht herabzusetzen.

Was erhielten nun die Arbeiter? Die Arbeitslosen eine geringfügige Winterhilfe, deren Kosten einen kleinen Bruchteil sonstiger Unterstüttungen ausmacht.

Ein wichtiger Rechtsieg.

Keine Haftung für Ausbaustempel bei schuldreiem Verhalten.

Die Bergarbeiter wissen, daß kaum eine Lohngruppe derartigen Schicksalen ausgesetzt ist wie die der Bedingearbeiter. Die Möglichkeit hierzu ist gegeben, weil die Löhne der Bedingearbeiter einer unmittelbaren tariflichen Regelung bisher nicht zugänglich waren...

Insbesondere wurden die Bedingearbeiter auch mit den Kosten für abhanden gekommene eiserne Grubenstempel belastet mit der Begründung, es handele sich bei diesen um Betriebsmaterialien, deren Verbrauch im Bedingevertrag den Bedingearbeitern ebenso zur Last gelegt werden könne...

Nunmehr ist mit dieser Willkür aufgeräumt. Wir sind aus einem schwierigen Prozeß, der in letzter Instanz vom Reichsarbeitsgericht entschieden wurde, als Sieger hervorgegangen.

Schon die erste Instanz, das Arbeitsgericht Dortmund, sah mit uns diese Klausel als tarifwidrig an. Sein Urteil wurde aber vom Landesarbeitsgericht Dortmund aufgehoben.

derart gefährlich, daß mit den gleichen Argumenten die Gedingekameradschaft auch die Haftung für Rutschten, Rutschemotoren, ja sogar kleinere Preßluftstempel hätte übernehmen müssen.

Beim Reichsarbeitsgericht sind wir mit unseren wesentlichsten Argumenten durchgedrungen. Es sagt in seinem sehr wichtigen Urteil vom 21. Dezember 1932 (RAG. 266/32), die eisernen Ausbaustempel seien keine Materialien im Sinne des § 17 Abs. 3 der Musterarbeitsordnung für den Ruhrbergbau...

Dieses Urteil ist praktisch von ganz außerordentlicher Bedeutung, was die Bedingearbeiter wohl alle mit uns anerkennen. Möglich wurde aber auch dieser große Rechtserfolg nur durch die Rechtsschutzarbeit, die ihrerseits wiederum nur durch die gewerkschaftliche Organisation lebensfähig ist.

Das sehr wichtige Urteil des Reichsarbeitsgerichts wird in der Nr. 1 des Jahrgangs 1933 unserer „Fragis des Arbeitsrechts“ vollständig abgedruckt.

„Gut, Herr, ich danke Ihnen.“

„Sie könnten Wahlagent werden, das brächte Ihnen täglich drei Dollars ein.“

„Gut, Herr“, und Hal setzte wieder sein schönstes Lächeln auf.

„Ich höre, daß Sie der Bürgermeister von Nordtal sind?“

„Das bin ich!“

„Und der Friedensrichter arbeitet in Ihrem Warenhaus.“

Gut, Herr Cartwright, wenn Sie einmal einen Vorwärtigen für die Gesundheitskommission brauchen, oder einen Schinder, so bin ich gerne bereit, die Stelle anzunehmen — natürlich erst dann, wenn meine Hand wieder gesund ist.“

Damit ging Hal seiner Wege. Eine derartige Frechheit von seiten eines „Gehilfen“ war ungläublich, und der Oberaufseher blickte ihm starr nach und äußerst verblüfft nach.

Hal sah sich nicht um und ging geradeaus in das Warenhaus der Gesellschaft. Ueber der Tür verkündete ein Schild die Worte: „Nordtal-Handelsgesellschaft.“

Im Warenhaus stand eine Serbin und deutete durch Gebärden an, was sie kaufen wolle. Zwei kleine litauische Mädchen beobachteten, wie ein Pfund Zucker abgewogen wurde.

„Huh!“ antwortete Silas Adams, der Friedensrichter der Stadt Nordtal.

„Richter“, fragte Hal, „was denken Sie über die Wahl?“

„Ich denke gar nicht daran, habe mit dem Zuderwiegen zu tun.“

„Wird bei uns irgend jemand für Mac Dougal „minnen?“

„Er soll sich hüten, mich das vorher wissen zu lassen.“

„Weshalb?“ lächelte Hal. „An der freien amerikanischen Republik?“

„In diesem Teil des freien Amerikas ist ein Mann berechtigt, Kohle zu fördern, aber nicht, für einen Gauner, wie Mac Dougal, zu stimmen.“

„Weshalb?“ fragte der andere. „Er soll sich hüten, mich das vorher wissen zu lassen.“

„Wird bei uns irgend jemand für Mac Dougal „minnen?“

„Was sich gegen ihn einwenden läßt?“ sprach der Richter.

„nun, daß er der Gesellschaft nicht paßt.“ Er blickte den jungen Bergmann forschend an. „Seit wann mischen Sie sich in Politik?“ brummte er.

„Das ist doch der demokratische Kandidat. So kamen sie dennoch ins Gespräch, an dem sich auch andere beteiligten: Bob Johnson, der Buchhalter und Postbeamte, und Jake Predovich, der gassische Jude, Mitglied der örtlichen Schulbehörde, der die Namen aller Rosthoffwaren in fünfzehn Sprachen wußte.“

Rum hörte Hal, welche Verbrechen die politische Opposition im Kreise Pedro beging. Ihr Kandidat Mac Dougal war als gewöhnlicher Glücksritter in den Staat gekommen, nun hielt er in Kirchen Reden und nahm den Mund voll moralischer Phrasen.

„Kann schon stimmen“, sagte der Friedensrichter. „Wir scherzen uns ja nicht um Antialkoholkandidaten oder um Arbeiterkandidaten, die herkommen, um dieses Gefindel aufzuheben, ihm hohe Löhne und einen kurzen Arbeitstag zu versprechen.“

„Es muß wohl recht viel Geld kosten, wenn man hierzulande die Politik in der Hand halten will“, bemerkte Hal.

„Nun, aus Alfs Tasche kommt es nicht, das geht die Gesellschaft an.“ So der Richter. Und das Mitglied der Schulbehörde fügte hinzu: „Bier ist hier die bare Münze.“

„Ich verstehe“, lachte Hal. „Die Gesellschaft kauft das Bier des Kandidaten und benützt es, um ihm Stimmen zu verschaffen.“

„Freilich“, meinte der Postbeamte. In diesem Augenblicke beugte er sich vor, um eine Zigarre aus der Tasche zu nehmen, und Hal bemerkte, daß er an seiner Weste ein silbernes Schildchen trug. „Ist das ein Bevollmächtigtenabzeichen?“ fragte der junge Mann, dann sich Predovich zuwendend: „Wo ist Ihres?“

„Ich bekomme es, wenn die Wahlen abgehalten werden“, lachte Jake.

„Und Ihres, Richter?“

„Ich bin Friedensrichter, junger Mann“, erklärte Silas würdevoll.

Hal lehnte sich über den Ladentisch und sah an der rechten Hüfte des Schulbehrdemitagies eine Art Auswuchs. Hal streckte die Hand danach aus, der andere griff unwillkürlich nach der Stelle.

Hal wandte sich dem Postbeamten zu: „Und Ihres?“

„Unter dem Ladentisch“, grinste Bob.

„Und Ihres, Richter?“

„Mein Revolver liegt im Pult“, sagte der Richter.

(Fortsetzung folgt.)

# Neue Rechtschuberfolge im Ruhrrevier.

Wie nützlich der vom Verband gewährte Rechtschub für die im Rententampfbekämpfenden Kameraden auswirkt, beweisen folgende, in den letzten Wochen vor dem Knappschaftsversicherungsamt Dortmund zum Austrag gekommenen Fälle:

Dem Kameraden Johann J. (Wattenscheld) hatte die Knappschaftsberufsgenossenschaft Sektion II vom 14. Oktober 1931 an für eine schwere Steintaublunge eine Unfallrente von 50 Proz. zugestimmt. Kläger war weder mit dem Zeitpunkt des Beginns der Zahlung noch mit der Höhe der Rente einverstanden. Den Bemühungen des Verbandes gelang es, die Beklagte zu bewegen, die 50prozentige Rente schon ab 2. März 1931, also sieben Monate früher, zu zahlen und vom 23. Okt. 1932 an die Rente auf 70 Prozent zu erhöhen. Der Gesamterfolg beziffert sich auf 879 M.

In der Unfallstreitfache Wilhelm H., jetzt wohnhaft in Oberhof (Lahn), hatte die Knappschaftsberufsgenossenschaft Sektion II auf einen Verschlimmerungsantrag des Klägers hin eine Herz-mustelentartung als Spätsfolge einer vor Jahren erlittenen Brustquetschung anerkannt und für diese eine Unfallrente von 80 Prozent gewährt. In dem Berufungsverfahren, welches Kläger, dem die Rente nicht ausreichend erschien, antrat, holte die Beklagte ein Gutachten von Professor Dr. Fintelburg (Bonn) ein, der die Herzbeschwerden und Nervenmüdigkeit des Klägers auf eine baselidische Erkrankung (Erkrankung der Schilddrüse) zurückführte. Von einer Herz-mustelentartung als Unfallfolge könne keine Rede sein. Daraufhin lehnte die Beklagte jede weitere Entschädigungspflicht ab. Sie kürzte die Rente vorläufig auf 20 Prozent, um sie dann ganz zu entziehen. In der Verhandlung vor dem Knappschaftsversicherungsamt konnte der Vertreter nachweisen, daß es sich hier um einen Fall sogenannter relativer Rechtskraft handelte. Die Beklagte habe durch Bescheid die Herzbeschwerden als Unfallfolge anerkannt. Diese Anerkennung müsse sie auch nach der neuen ärztlichen Feststellung gegen sich gelten lassen. Eine andere ärztliche Beurteilung berechtige nicht, die Rente zu kürzen oder zu entziehen. Nur wenn in der Erkrankung der Schilddrüse eine wesentliche Besserung nachgewiesen werde, sei eine Herabsetzung der Rente zulässig. Das Gericht ist diesen Ausführungen gefolgt und hat die Sektion II verurteilt, die 30prozentige Rente weiterhin zu zahlen. Als Erfolg konnten 892 M. gebucht werden.

Kamerad August G. (Bochum) bezog für eine schwere Steintaublunge eine 50prozentige Unfallrente. Infolge eines auf Kosten des Verbandes beigebrachten Gutachtens mußte die Knappschaftsberufsgenossenschaft Sektion II eine wesentliche Verschlimmerung anerkennen. Im Verlaufe des Streitfalles erklärte sie sich bereit, vom 1. April 1932 ab an Stelle der 50prozentigen Rente eine solche von 75 Prozent und vom 1. Okt. 1932

an die Vollrente zu gewähren. Der Erfolg beläuft sich, für ein Jahr gerechnet, auf 822 M.

Die Witwe Lorenz B. (Bur-Scholven) war von der Sektion II mit ihrem Antrag auf Gewährung der hinterbliebenenrente abgewiesen worden. Nach Auffassung der Beklagten ist der Tod des Ehemannes der Klägerin auf eine Zuderharnruhr zurückzuführen. Die Klägerin hingegen machte geltend, die Zuderharnruhr sei durch eine im Zeichenbetrieb erlittene Unfallleibschädigung verursacht, der Tod also eine mittelbare Unfallfolge. In dem langwierigen Prozeß gelang es, zwei amtliche Gutachten zu erstreiten, in welchen der ursächliche Zusammenhang des Todes mit dem angeführten Betriebsunfall und somit die Entschädigungspflicht der Knappschaftsberufsgenossenschaft bejaht wurde. Das Gericht hat die Beklagte zur Zahlung der hinterbliebenenrente verurteilt. Da die Beklagte gegen diese Entscheidung Rekurs eingelegt hat — der angeführte über-einstimmenden ärztlichen Gutachten aber völlig auslöslich sein dürfte —, kann der zahlenmäßige Erfolg erst später berechnet werden.

Gegen einen Bescheid der Knappschaftsberufsgenossenschaft Sektion II, mit welchem sie es ablehnte, eine Staublungenrente zu zahlen, hatte Kamerad August B. (Dortmund-Marten) Berufung eingelegt. Im Verlaufe des Verfahrens mußte die Beklagte sich bekehren lassen, daß es sich hier um eine entschädigungspflichtige Berufskrankheit handelt. Die zugewilligte Monatsrente beträgt 65,20 M. Für ein Jahr sind rund 782 M. nachzuzahlen.

Dem Kameraden Theodor R. (Bochum-Altenbochum) hatte die Sektion II für eine schwere Steintaublunge eine Unfallrente von 50 Prozent ab 15. März 1932 angeboten. Kläger war weder mit dem Beginn der Zahlung noch mit der Höhe der Rente einverstanden. Im Verlaufe des Prozesses mußte die Beklagte ihre Entschädigungspflicht von einem früheren Zeitpunkt an anerkennen. Sie erklärte sich bereit, vom 2. April 1931 bis 14. März 1932 eine Rente von 33½ Prozent (monatlich 47,80 M.), vom 15. März 1932 bis 29. November 1932 eine solche von 50 Prozent (monatlich 71,84 M.) und vom 30. November 1932 an fortlaufend eine Rente von 60 Prozent (monatlich 86,21 M.) zu gewähren. Der Gesamterfolg beziffert sich auf 723,18 M.

Diese aus der großen Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Rentenstreitigkeiten herausgehobenen Einzelfälle sind ein Beweis für die Aktivität des Verbandes bei Wahrung der Interessen seiner Mitglieder. Das hohe Wahrsagen der Einheits-verbänder und RGDisten, nur sie allein wären fähig, die Rechte der Bergarbeiter zu erhalten und auszubauen, wird nur noch von Narren geglaubt. Jeder denkende Bergarbeiter weiß, daß praktische Gewerkschaftsarbeit nur von dem viel gelästerten Bergbauindustriearbeiterverband geleistet wird!

Schmidt läßt als Mitglied der SPD. noch besonders erklären, daß er es ganz entschieden ablehnt, auf irgendwelche Befehle, ob der SPD. oder anderer Organisationen, die auf eine Zerlegung des Bergbauindustriearbeiterverbandes hinauslaufen, zu reagieren. Die Ortsverwaltung.

In dem gleichen Artikel des kommunistischen Parteilorgans wird auch die Wahl eines Revisors in der Zahlstelle Essen als ein großer Erfolg der Opposition gefeiert. Es wird berichtet, daß trotz der sechs Vorschläge, die der „reformistische“ Vorstand gemacht haben soll, der oppositionelle Kollege mit Mehrheit gewählt worden sei. Wichtig ist, daß überhaupt nicht abgestimmt werden brauchte, weil nur ein Vorschlag zur Entscheidung stand. Der als Revisor neu gewählte Kamerad Ernst Bollmer erklärt gegenüber dem Lügenartikel in der kommunistischen Ruhrpresse außerdem folgendes:

„Der Unterzeichnete erklärt hiermit, daß der Bericht in der kommunistischen Ruhrpresse über die Wahl eines oppositionellen Kameraden in der Zahlstelle Essen insofern unwahr ist, als der Gewählte als überzeugter Gewerkschafter es ablehnt, sich für parteipolitische und gewerkschaftsschädliche Zwecke mißbrauchen zu lassen. Ernst Bollmer.“

## Noch eine Ente!

In der kommunistischen Ruhrpresse vom 12. Dezember ist u. a. ein Bericht über eine Protestkundgebung der SPD. und B.V.-Gastbelegierten zum Bezirksparteitag veröffentlicht. In dem Artikel wird u. a. gesagt, daß zahlreiche Mitglieder von Zahlstellen unseres Verbandes als Delegierte des Bezirksparteitages der SPD. gegen die verkündete Auflösung protestiert hätten, darunter auch die Zahlstelle Essen-Kranz Leithe. Die Ortsverwaltung der Zahlstelle erklärt hierzu, daß ihrerseits kein Delegierter zum kommunistischen Parteitag gewählt worden ist, infolgedessen auch kein Mitglied der Zahlstelle im Namen derselben irgendeinen Protest abgeben konnte und die Mitteilung im „RuhrEcho“ hierüber unrichtig ist.

## Jahresbericht der Saarnappschafft.

Während im Vorjahre die Abschüsse der einzelnen Klassen noch als zufriedenstellend bezeichnet werden konnten, kommt in dem Ergebnis des Berichtsjahres 1931 die stark in Erscheinung getretene Wirtschaftskrise deutlich zum Ausdruck. Die Zahl der beitragszahlenden Mitglieder ist (mit Angestellten) von 60 542 auf 55 802 zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Zahl der Invalidenpensionsempfänger von 23 191 auf 25 122, die der Invalidenrentner von 12 515 auf 14 116.

Der Mitgliederstand der einzelnen Klassen im Berichtsjahre war folgender:

	Arbeiterkontenklasse	Arbeiterpensionskasse	Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherungskasse
1. Januar 1931	60 542	56 824	58 526
31. Dezember 1931	52 212	51 625	53 935

Während die Arbeiterkrankenkasse im Vorjahre mit einem erheblichen Ueberschuß abschließen konnte, weist dieselbe im Jahre 1931 einen Zuschuß von 4 571 398,92 Fr. auf. Als Hauptursache für den Rückgang sind zu nennen eine Beitragsermäßigung zugunsten der Arbeiterpensionskasse sowie eine stärkere Anspruchnahme der Krankentafelrenten durch die abgelegten, teils erwerbslosen, teils zur Pensionierung gelangenen Bergleute.

Bei der Arbeiterpensionskasse waren durch die vorerwähnte Verschiebung der Beiträge die Mehrausgaben durch die Neupensionierungen und die Mindereinnahmen infolge der verringerten Zahl der Beitragszahler soweit ausgeglichen, daß der Ueberschuß, der im Vorjahre noch 4 647 811,07 Fr. betrug, sich nur um 2 122 047,74 Fr. auf 2 524 863,33 Fr. ermäßigte. Das Ergebnis wäre allerdings ungenügender, wenn nicht aus dem Vorjahre ein Betrag von 2,5 Mill. Fr. für nachzuzahlende Leistungen reserviert worden wäre.

Besonders ungünstig haben sich die Verhältnisse in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungskasse entwickelt. Neben dem Beitragsausfall durch den Rückgang der Belegschaft sind die Ausgaben durch den Zugang von nahezu 2000 Invaliden- und Witwenrenten erheblich gestiegen. Für die Saarnappschafft sind weniger die Renten selbst, die ja zum großen Teil auf Grund der Heidelberger Abrede von den deutschen Versicherungsträgern getragen werden, als vielmehr der Kinderzuschuß zu den Renten, der von der Saarnappschafft allein aufzubringen ist, stark in Erscheinung getreten. Die Kasse schließt ab mit einem Zuschuß von 1 292 658,82 Fr. Berausgabe wurden in diesem Jahre noch 3 Mill. Fr. für nachzuzahlende Leistungen, für die ein entsprechender Betrag aus dem Vorjahre zurückgestellt worden war.

Entsprechend den Ergebnissen der Kassen hat das Gesamtvermögen der Saarnappschafft (einschließlich der Angestelltenkrankenkasse und Pensionskasse und einschließlich des Wertes der Krankenhäuser usw.) eine Verminderung von 162 383 094,44 Fr. auf 160 450 185,53 Fr. erfahren.

Die im Jahre 1931 eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen traten erst zu Beginn des Jahres 1932 in Kraft. Ueber deren Inhalt und Auswirkung wird daher erst im kommenden Jahre zu berichten sein.

Der Vorstand trat im Berichtsjahre zu zwölf Sitzungen zusammen.

Vermögen der Saarnappschafft.		
	Ende 1930	Ende 1931
	Fr.	Fr.
Barbestand	24 704 775,84	14 350 273,79
Bertpapiere	28 525 668,50	25 207 365,59
Darlehen	36 279 097,79	34 051 437,27
Krankenhäuser, sonst. Grundbesitz	81 138 552,31	88 654 752,26
Mobilien	1 035 000,00	1 886 358,62
Zusammen	171 683 094,44	164 150 185,53
ab Schulden	3 800 000,00	3 700 090,00
	167 883 094,44	160 450 185,53

Ab reservierter Betrag für 1. J. 1931 fällig gewesene, aber nicht gezahlte Leistungen . . . . . 5 500 000,00

bleibt Vermögen 162 383 094,44 160 450 185,53

An diesem Vermögen sind die einzelnen Klassen folgendermaßen beteiligt:

	Ende 1930	Ende 1931
	Fr.	Fr.
Arbeiterkrankenkasse	49 680 904,29	42 245 826,89
Angestelltenkrankenkasse	3 302 361,96	3 302 361,96
Arbeiterpensionskasse	59 565 306,89	62 090 170,22
Angestelltenpensionskasse	13 344 568,64	14 312 170,66
Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungskasse	89 792 314,62	88 499 655,80
Zusammen	162 383 094,44	160 450 185,53

# Die SPD. bläst Sturm.

## Nicht zur Weltrevolution, aber zur „Eroberung“ der Gewerkschaften!

„Unsere Hauptaufgabe heißt: Tausendfache Verstärkung unseres Kampfes an der innengewerkschaftlichen Front! Eindringen in die Funktionärskreise der resp. gewerkschaftlichen Organisationen!“

Jede Gewerkschaftsgruppe im Betrieb, die fest in der Hand der Gewerkschaftsführer und nicht durch eine organisierte Opposition gebunden ist, stellt eine große Gefahr für den kämpfenden Arbeiter dar.“

„Rote Fahne“, Zentralorgan der SPD., am 1. Dezember 1932.

Wir müssen die Betriebe und Gewerkschaftsfunktionen erobern. Kein Kommunist darf ruhig schlafen!

Die Aufmerksamkeit aller Revolutionäre muß auf die Betriebe und Gewerkschaften konzentriert werden. Unser Ziel ist die Eroberung der Gewerkschaften verdammt!

Kommunistisches Parteilorgan im Ruhrgebiet vom 10. Januar 1933.

Wie vorstehende Kostproben zeigen, sind die kommunistischen Parteizeitungen wieder einmal angefüllt mit Parolen zur Eroberung der Gewerkschaften. Die Gründe für diese Aktion haben wir bereits in der letzten Nummer unserer Verbandszeitung dargelegt. Nachdem die kommunistischen Gewerkschaftsstrategen mit der SPD. und den parteipolitischen Gewerkschafts-parolen erneut Schiffbruch erlitten haben, soll wieder einmal die Eroberung der Gewerkschaften verdammt werden. Wir setzen deshalb zur Kennzeichnung dieses verantwortungslosen Treibens unsere Betrachtungen über kommunistische Bergarbeiterpolitik im letzten Jahre fort:

Am 31. August 1932 kündigte der Zechenverband im Ruhrgebiet erneut den Lohnstarf. Diesmal forderten die Unternehmer wiederum einen Lohnabbau von 12 Prozent. Übermals gelang es den Bergarbeitergewerkschaften, die geplanten Verschlechterungen reiflos abzuwehren. Der Lohnstarf wurde auf der Grundlage eines Schiedspruches bis zum 31. Januar 1933 unverändert verlängert. Auch diesen unstrittigen Erfolg dichteten die kommunistischen Lügenapostel in einen fürchterlichen „Verrat“ am. So konnte man beispielsweise in der kommunistischen Ruhrpresse anlässlich des erfolgreich beendeten Lohnkonfliktes im September 1932 u. a. folgendes lesen:

- 31. August: Lohnraubangriff im Ruhrbergbau. — Geheime Besprechungen zwischen Hufemann und dem Zechenverband. — Hufemann-Verrat.
  - 5. September: Gewerkschaftsführer führten Geheimverhandlungen mit den Grubenbaronen und bereiteten neuen Betrug an den Bergarbeitern vor.
  - 8. September: Morgen Lohnraubverhandlungen. — Papen-Programm soll zuerst im Ruhrbergbau verwirklicht werden. — Geheimverhandlungen der Gewerkschaftsführer mit den Zechenherren.
  - 9. September: Verschacherung der Kumpelsinteressen durch die Gewerkschaftsbürokratie. — Vertreter des Bergarbeiterverbandes haben mit den Unternehmern Geheimverhandlungen durchgeführt.
  - 10. September: Zechenherren fordern 12 Prozent Lohnraub.
  - 14. September: Ruhrkumpels! Immer daran denken: Nur die schändliche Verratspolitik der Hufemann-Imbusch-Bürokratie ermöglichte den ständigen Lohnraub.
  - 19. September: Gewerkschaftsführer kapitulieren. — Verratspolitik der Gewerkschaftsbürokratie.
  - 21. September: Lohnraubschacher am 24. September. — Geheimbesprechung zwischen Unternehmern und den Bergarbeiterverbänden. — Gewerkschaftsbürokratie ist gewillt, Lohnraub zu schlußden.
  - 22. September: Geheimverhandlungen im Ruhrbergbau. — Lohnabbau wird am 1. Oktober durchgeführt. — Niemals mehr mit Hufemann und Imbusch!
- Mit fast den gleichen Schimpfwörtern wurde demnach der erbärmliche Lügenfeldzug gegen die Gewerkschaften vom Mai

1932 wiederholt, obwohl es auch in diesem Falle den Gewerkschaften gelang, die Verschlechterungspläne der Zechenherren reiflos abzuwehren.

In beiden Lohnkonflikten bestand also die Hauptaufgabe der Kommunisten darin, die Gewerkschaften auf das Uebelste zu verleumdern. Während die Bergarbeiterverbände sich mit allen Kräften den ungeheuerlichen Abbauplänen widersetzen und die geplante Lohnsenkung schließlich reiflos abwehren konnten, hatten die „Weltrevolutionäre“ nichts wichtigeres zu tun, als Lügenbomben gegen die Gewerkschaften und besonders gegen unseren Verband zu fabrizieren. Anstatt die geplante Lohnsenkung zu bekämpfen, nahmen sie diese im September genau wie im Mai als eine unabänderliche Tatsache hin. Als Dank für dieses verbrecherische Verhalten wollen nun die kommunistischen Strategen die gewerkschaftlichen Funktionärsposten ausgeliefert erhalten. Wirklich, man muß die Naivität und dummdreie Freiheit der bolschewistischen Parolenschafter immer wieder bewundern. Glücklicherweise ist trotz der furchtbaren Wirtschaftsnot und der anomalen Zeitströmungen die politische Urteilskraft der deutschen Arbeiterschaft so gesund, daß der verdiente Lohn für die arbeiterschädigenden Machenschaften der kommunistischen Drahtzieher nicht ausbleiben wird!

## Abrechnung mit dem Hufemanntrugs.

Unter dieser Ueberschrift teilte die kommunistische Ruhrpresse in ihren Schlagsätzen mit, daß in der Zahlstelle Wehofen nur oppositionelle Kameraden gewählt worden seien.

Die Mitglieder der Ortsverwaltung der Zahlstelle Wehofen erklären hierzu: „Wir sind ja bereits an allerhand Parolen der kommunistischen Bewegung gewöhnt, aber diese dummdreie Lüge riecht schon mehr nach Nazimethode. Wichtig ist, daß nur ein Mitglied neu in die Ortsverwaltung gewählt wurde, nämlich der Knappschaftsälteste Schmidt als zweiter Vertrauensmann. Wenn die SPD. und der Einheitsverband nun glauben, den Kameraden Schmidt als Kellenobmann in der Zahlstelle vor ihren Karren spannen zu können, dann täuschen sie sich schwer! Schmidt erklärt hiermit in aller Deutlichkeit, daß er die von den Kommunisten aufgezoogene innergewerkschaftliche Aktion aufs entschiedenste ablehnt und verurteilt. Er ist mit den übrigen Mitgliedern der Auffassung, daß der Zweck der Mitgliedschaft in einer gewerkschaftlichen Organisation nicht darin besteht, innerhalb dieses Verbandes Wühlarbeit zu verrichten und ihn zu zerfallen, sondern in der Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiterschaft zur Erämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.“

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, muß die Organisation durch Zuführung neuer Kämpfer gestärkt werden, aber nicht, um gegen die Führung des Verbandes, wie die Kommunisten es wünschen und wie es die Durchführung der innergewerkschaftlichen Aktion bezweckt, sondern um mit der Führung zu arbeiten. Die Mitgliedschaft im Bergbauindustriearbeiterverband hat das Recht und die Möglichkeit, gemeinsam mit der Führung Maßnahmen und Taktik bei der Durchführung der gesteckten Ziele zu besprechen. Dabei kommen auch politisch anders eingestellte Mitglieder zu Wort. Schmidt ist Mitglied der SPD. Umgekehrt wäre es nicht möglich, als Mitglied der SPD. auch gleichzeitig dem Einheitsverband oder der RGD. anzugehören oder dort ohne Gefahr zu Wort zu kommen.

Wir freuen uns, daß in unserem Verbands diese Toleranz geübt wird und daß wir unsere Meinung frei äußern können, ob SPD., RPD. oder SA.V.-Mann. Wir werden mit unserer Meinung auch nie zurückweichen; deshalb, und gerade deshalb, lehnen wir alle kommunistischen Zersplitterungsversuche, lehnen wir die innergewerkschaftliche Aktion als arbeiterfeindlich ab! Dieses mögen sich die Drahtzieher und Zersplitterer der freien Arbeiterbewegung gesagt sein lassen.

